

# Erzähler vom Westerwald

## Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage  
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:  
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für  
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei  
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Nr. 281

Preis: 2,50 M. monatlich, 27,00 M. vierteljährlich, 1,00 M. pro Exemplar. Durch die Post 2,55 M. monatlich, 28,50 M. vierteljährlich, 1,05 M. pro Exemplar.

Während des Krieges müssen die Freilagen weglassen.

Hachenburg, Dienstag den 3. Dezember 1918.

Anzeigenpreis (schl. im voraus):  
die sechsgeleitete Zeile oder deren  
Stamm 20 Bsp., die Reklamzelle 60 Bsp.

11. Jahrg.

### Bergesellschaftung.

Ihre Vorteile und Nachteile im Wirtschaftsleben

Ein Fachmann schreibt uns:

Die Bergesellschaftung der Produktionsmittel ist eine sozialdemokratische Forderung und steht demgemäß im Vordergrund der Erörterungen wirtschaftlicher Art, soweit diese über den nächsten Tag hinausgreifen. Die Sache selbst ist im übrigen ganz erheblich älter, als es hört, denn „Bergesellschaftung“ oder „Sozialisierung“ der Betriebe heißt nichts anderes, als Verstaatlichung und Monopolwirtschaft großen Stiles.

Bevor man sich aber mit den möglichen Folgen einer solchen Massenverstaatlichung befaßt, ist es angebracht, die Nachteile und die Vorzüge zu untersuchen, die sie mit sich bringen könnte. Dazu ist es notwendig, auf den Ideenreichtum zurückzugreifen, auf dem die großen sozialdemokratischen Theoretiker zu ihren Forderungen kamen. Diese meinten nämlich, daß der größte Teil der wichtigen Unternehmungen allmählich in die Hand ganz weniger Großkapitalisten gelangen werde, an deren Stelle sich dann der sozialistische Staat setzen könne, ohne im Aufbau der Volkswirtschaft viel zu ändern. So ist aber die Entwicklung kaum irgendwo verlaufen und besonders in Deutschland, das uns in dieser Reihe angeht, wird zwar mancher Erwerbszweig von wenigen Händen beherrscht, kaum irgendwo aber befindet er sich in ihrem alleinigen Besitze. Und hier zeigt sich bereits einer der bedeutendsten Nachteile einer Verstaatlichung nach sozialdemokratischen Gedankengängen. Wenn — sagen wir — fünf oder zehn Leute alle Bergwerke Deutschlands besäßen und der Staat erklärt jetzt alle Bergwerkserwerbungen für verfallen, so werden diese fünf oder zehn Familien natürlich mit einem Schlag um viele Millionen ärmer, für die Gesamtheit aller Staatsbürger aber bedeutet eine solche entschädigungslose Enteignung zunächst keinerlei Veränderung ihres Vermögens und Einkommens. Tatsächlich aber wird der größte Teil der deutschen Bergwerke als Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft betrieben und ihre Anteile sind im Besitze der weitesten Kreise. So und so viele mittlere, sogar kleine Kapitalisten besitzen Bergwerksteile (das gleiche gilt von Hütten und anderen Unternehmungen) und das deren „Enteignung“ eine gewaltige Ungerechtigkeit bedeuten würde, ist klar. Wie aber will man andererseits den jenseitigen Besitzern dieser Produktionszweige Abfindungen zahlen? Es würde sich dabei um viele Milliarden Mark handeln, die auf dem Wege von Anleihen aufgebracht werden müßten. Daß das im Augenblicke und wohl noch auf längere Zeit hinaus nicht möglich sein wird, liegt auf der Hand.

Im Frieden ist häufig noch ein anderer angeblicher Nachteil großer Verstaatlichungen angeführt worden — das Wachsen der Zahl von Staatsangestellten und Staatsbedienten, deren Abhängigkeit politisch ausgenutzt werden könne. Damit dürfte die Revolution aufgeräumt haben. Ebenso, wie diesen Einwand, kann man auch einen anderen abgeben betrachten, die Behauptung nämlich, daß der Staatsbetrieb unwirtschaftlicher sei, als der Privatbetrieb. Das trifft in manchen Fällen zu, hat aber fast stets äußere Gründe und die preussisch-belgischen Staatsbahnen sind der beste Gegenbeweis.

Schwerer zu beantworten, als die Frage nach den Nachteilen, ist die nach den Vorteilen des Staatsbetriebes im großen. Einer allerdings ist unauflösbar: jeder Staatsbetrieb liefert dem Staat eine Einnahmequelle — und das ist jetzt so viele solche brauchen, wie nur zu finden sind, so dürfte dieser Grund schließlich ausschlaggebend sein. Daß ferner ein Staatsmonopol Privatmonopolen stets vorausziehen ist, wie sich ein solches z. B. im Spiritusgewerbe herausgebildet hat, liegt auf der Hand.

Das sind natürlich nur die Vorteile, die sich im Augenblicke ergeben. Denn eine Überführung der wichtigsten Betriebe in den Staatsbesitz könnte tatsächlich der Allgemeinheit großen Nutzen bringen, nur würde sich dieser erst allmählich geltend machen. Ein Verstaatlichungsmonopol würde dem Staat z. B. gestatten, die Feuerversicherung bei sehr kleinen Beiträgen allgemein einzuführen und so viele Familien des kleinen Mittel- und des Arbeiterstandes vor großen Nachteilen bewahren. Das Branntweinmonopol kann neben seinen sonstigen Vorteilen zu sittlichen Zwecken benutzt werden, indem man es zur Verabminderung des Schnapsgenusses heranzieht.

Die wichtigsten von allen aber wären wohl das Kohlen- und das Kraft (Elektrizitäts-) Monopol. Deren Bedeutung für das Wirtschaftsleben des Landes könnte kaum überschätzt werden, denn es gibt kein Gewerbe, ja keinen etwas bedeutenden Handwerker, der nicht Kraft oder Kohlen für den Betrieb brauchte. Deren gezielte und billige Zuführung kann für die rasche Erholung des Wirtschaftslebens geradezu ausschlaggebend werden.

Leonh. Hagebucher.

### Verschiedene Meldungen aus In- und Ausland.

Berlin, 30. November. Die Note Fahne bringt erneut eine völlig unzutreffende Darstellung über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln durch die Entente unter Angriffen auf den

Volksebeauftragten Ebert, dem sie vorwirft, daß er die Entente veranlaßt habe, bereits zugesagte Sendungen an Deutschland nur dann zu liefern, wenn Ruhe und Ordnung herrsche. Demgegenüber muß im Interesse der Wahrheit die Reihenfolge der wirklichen Vorgänge erneut und dokumentarisch festgestellt werden.

1. Der Waffenstillstandsentwurf der Entente enthielt die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Blockade; das bedeutete, daß Deutschland kein Mehl und kein Viehfleisch während der Dauer des Waffenstillstandes erhalten sollte.

2. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat demgegenüber in den Verhandlungen erreicht, wie die Note Johns selber feststellt, daß Deutschland in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebensmitteln von der Entente versorgt werden soll.

3. Nach Bekanntwerden der Revolution in Deutschland (10. November) wurde von den Alliierten sofort die Frage aufgeworfen, ob die Regierung, die den Waffenstillstand unterzeichnet, überhaupt in der Lage sein würde, die Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfüllen. Nur der beruhigenden Versicherung, daß auch eine Regierung Ebert, wenn sie das Waffenstillstandsabkommen unterzeichne, die Macht habe, diese Bedingungen durchzuführen, verhinderte Abbruch der Verhandlungen.

4. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens fand daraufhin am Montag den 11. November früh 5 Uhr statt. Es herrschte vollkommene Klarheit darüber, daß das gesamte Abkommen mit allen erreichten Verbesserungen, besonders auch die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, nur dann aufrecht erhalten werden könne, wenn die Garantie für die Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen durch Ruhe und Ordnung in Deutschland gegeben sei. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde von England noch in letzter Stunde die Befestigung von Belgien gefordert, falls durch Störung von Ruhe und Ordnung die Übergabe der Flotte sich verzögern würde.

5. Die Waffenstillstandskommission hat alsbald die gesamte Sachlage telephonisch der Reichsleitung unterbreitet. Gleichzeitig hat die Waffenstillstandskommission die Reichsleitung um sofortige Aufnahme von Verhandlungen zu einem Präliminarfrieden gebeten. Im Verfolg dieser Anregungen hat Staatssekretär Dr. Solf am 12. November folgende, in der deutschen Presse allgemein veröffentlichte Note an die Vereinigten Staaten gerichtet:

„Nachdem nunmehr der Waffenstillstand abgeschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen können.“

Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.“

6. Die Note vom Staatssekretär Lansing vom 13. November, veröffentlicht in der deutschen Presse vom 14. November, teilt mit, daß Präsident Wilson bereit sei, die Befestigung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollende Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin gesichert ist und bleibt, und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

7. Eine weitere Devisen von deutscher Seite ist vor dem Eingang der vorstehenden Note Lansing's von keiner deutschen Seite gefandt worden. Das ebenfalls unter dem 13. November von Holländisch Riemus Bureau veröffentlichte angebliche Telegramm des deutschen Reichsfanzlers existiert nicht. Der Volksbeauftragte Ebert hat nie eine Devisen an Wilson gefandt, und die von Holländisch Riemus Bureau mitgeteilte ist nie durch W. T. V. verbreitet worden, wie sonst die amtlichen Rundgebungen.

8. Damit ist der allemögliche Beweis erbracht, daß die Forderung, „wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten bleibt“, zuerst und allgemein von Lansing gebracht worden ist, und daß die Behauptung, der Volksbeauftragte Ebert habe der Entente diese Bedingung vorgeschlagen, vollkommen erfunden ist. Nicht wer für Brot sorgt, verrichtet Geneserarbeit, sondern wer Deutschland in wilde Anarchie zu stürzen vermag.

Wien, 30. November. Der Staatsrat wird der Nationalversammlung in der nächsten Sitzung ein Grundgesetz über die Rechte und Pflichten der Soldaten unterbreiten, woraus folgendes hervorgehoben ist: Durch den Heeresdienst werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nicht berührt. Die Angehörigen der Soldaten erhalten einen Unterhaltsbeitrag. Erleidet der Soldat infolge des Heeresdienstes ohne Verschulden eine Verwundung seiner bürgerlichen Erwerbsfähigkeit oder den Tod, so erhalten er oder seine nächsten Angehörigen eine Rente oder Abfindung. Weitere Bestimmungen betreffen die Einsetzung von Soldatenentschädigungen zur Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden der Soldaten. (Wie Ans-

schließung aus dem Heeresdienst wegen Unwürdigkeit, wobei bestimmt wird, daß der so ausgeschlossene auch vom Wahlrecht zu den öffentlichen Vertretungskörpern ausgeschlossen wird.)

Der Staatsrat wird ferner der Nationalversammlung ein Grundgesetz über das deutsch-österreichische Volkstheer unterbreiten, das unter anderem festlegt: Das Volkstheer wird nach dem Grundsatze der allgemeinen gleichen Wehrpflicht gebildet. Die Wehrpflicht wird durch das Landesverteidigungsgesetz geregelt. Die Oberste Leitung und Führung sind dem geschäftsführenden Staatsratsdirektorium übertragen. Die innere Organisation und oberste Verwaltung stehen dem Staatsrate zu. Das Aufgebot kann erlassen werden, erstens zur Verteidigung des Vaterlandes gegen Angriffe des Feindes, zweitens zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern. Im ersten Falle wird das Aufgebot von der Nationalversammlung erlassen; nur wenn Gefahr im Verzug ist, kann der Staatsrat das Aufgebot erlassen mit nachträglicher Genehmigung der sofort einzuberufenden Nationalversammlung. Im zweiten Falle erläßt der Staatsrat das Aufgebot, der die der Nationalversammlung bei der nächsten Tagung zur Kenntnis zu bringen hat.

Bern, 30. November. (Schweizerische Depeschagentur.) Zu der Meldung des Bayerischen Kurier betreffend die Nichtanerkennung des bayerischen Generalen Prof. Förster in Bern vernimmt die Schweizerische Depeschagentur vom politischen Departement, daß Prof. Förster die Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft leitet. Er verkehrt mit dem politischen Departement ohne Schwierigkeiten. Die Frage einer offiziellen Anerkennung ist nicht behandelt worden.

Bern, 30. November. Die Information bestätigt die Londoner Meldung des Matin und des Temps, wonach es keine Konferenz geben soll, in der die Entente mit den Deutschen über die von den Alliierten ausgearbeiteten Bedingungen verhandeln würde. Die Information will ferner aus London erfahren, daß der internationale Friedenskongreß am 6. Dezember seine Arbeiten in Paris beginnen will. Fünf bis sechs Wochen sollen zur Regelung aller Fragen genügen. Man glaubt, daß der Friedensvertrag von den interessierten Mächten im Laufe des Februars ratifiziert werden kann.

Bern, 30. November. Der amerikanische Pressedienst in der Schweiz meldet aus Washington: Präsident Wilsons Vorbereitungen, die Friedenskonferenz zu beenden, sind vollendet. Er richtet sich Anfang nächster Woche auf dem Dampfschiff „George Washington“ ein. Das Personal der amerikanischen Delegation wird wahrscheinlich bekannt gegeben werden. Wenn der Präsident bei der Eröffnung des Kongresses am Montag oder Dienstag seine Rede halten wird. Es wird eine Marinebesatzung an Bord des „George Washington“ sein, und mehr als 10 000 Offiziere und Mannschaften werden sich im Schutzgeleit befinden, in dem sich auch der Dreadnought Pennsylvania und andere Schiffe der Flotte befinden werden.

Bern, 30. November. (Schweizerische Depeschagentur.) Die blutigen jüdischen Massakres haben die ganze zivilisierte Welt in Aufregung gesetzt. Die in der Schweiz als treue Bürger lebenden Juden betrachten es als ihre Pflicht, im Interesse der Menschlichkeit und ihrer verfolgten Brüder ihre Stimme zu erheben. Es hat sich aus den Vertretern der schweizerischen Judentum ein Komitee gebildet, um die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission zu vereinfachen. Es würden bei den Ententerregierungen entsprechende Schritte unternommen. Ohne auf die Schuldfrage einzugehen, die sich von der Schweiz aus nicht prüfen lasse, verwahrt sich das Komitee der schweizerischen Judentum gegen den Vorwurf der Propagierung des Bolschewismus, der jetzt gegen das Judentum erhoben werde. Nachdem man jahrhundertlang alle fanatischen Erzeße mit dem jüdischen Kapitalismus begründet habe, bemühe man jetzt dieses moderne Schlagwort des Bolschewismus, um das Judentum bei der Entente zu diskreditieren.

Haag, 30. November. (Korr.-Büro.) Die Mitglieder der hier befindlichen Kommission, die beauftragt ist, die mit den Kriegsgefangenen zusammenhängenden Fragen zu behandeln, wird am Montag nach Spa gehen, um sich mit der internationalen Waffenstillstandskommission in Verbindung zu setzen. Zu den Mitgliedern gehören: Der Generalsekretär des allgemeinen Dienstes Kan, der Chef der politischen Abteilung des Außenministeriums Baron Van Heeckeren und Major Rothoven Van Goort. Der französische General Boucabeille wird die Delegation nach Spa begleiten.

Haag, 30. November. Das Jüdische Korrespondenzbüro erzählt, daß die Leiter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Holland einen Brief an den Minister des Auswärtigen richteten, worin sie von der holländischen Regierung einen öffentlichen Protest gegen die jüdischen Pogrome in Galizien verlangten. Es heißt ferner, daß das Mitglied der Zweiten Kammer Meerfoper die Absicht hat, die Angelegenheit in der Zweiten Kammer zur Sprache zu bringen.

## Nah und Fern.

Die Neuordnung für Bäckereien und Konditoreien, die durch Verfügung der Volksbeauftragten am 15. Dezember d. J. in Kraft tritt, befreit die Nachtarbeit vollständig. In Zukunft darf in den Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht gearbeitet werden. Um den besonderen örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu können, ist vorgelesen, daß die Landesregierungen eine Vereinfachung der Lage der Arbeiter um eine Stunde zulassen können, d. h. daß die Arbeit schon um 9 Uhr morgens begonnen kann, wenn sie abends zuvor um 8 Uhr abgeschlossen ist. Auch die Sonntagsarbeit wird gänzlich befreit, nachdem der Vorschlag, für die reinen Konditoreien eine dreistündige Sonntagsarbeit zuzulassen, an dem Widerspruch der Bäcker gescheitert ist. Nur das Austragen von leicht verderblichen Waren darf noch während drei Stunden am Sonntag stattfinden. Von weitgehender Bedeutung ist die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Bäckereien, Konditoreien und ihnen gleichgestellten Betrieben. Bisher dürfte diese Neuordnung keine Schwierigkeiten machen, da in den Bäckereien im allgemeinen wegen der knappen Rohlvorräte mit starker verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Dadurch wird der Übergang erleichtert, und es ist anzunehmen, daß die später auftretenden Schwierigkeiten verhältnismäßig leicht überwunden werden. Besonders da die Verordnung auch die Gewerkschaftsbeamten ermächtigt, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Jedenfalls werden die Bäckermesser auf dem schon bald sich auf die neue Ordnung einrichten. Die Bestimmungen gelten auch für die Bäckereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Vereinen, sowie für die Bäckereien der Gastwirtschaften, Speiseanstalten aller Art (Restaurants, Hotels, Fabrikkantinen), Warenhäuser, Mäulen, Bahnhofsverwaltungen usw. Das Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit findet auch auf die Anlagen zur Herstellung von Zwieback, Reis, Müllis, Honigkuchen usw. Anwendung, um diese im Wettbewerb mit den Bäckereien und Konditoreien nicht zu begünstigen.

Die Entscheidung vor den Kunstdenkmälern der Vergangenheit. Das sächsische Landesamt für Denkmalspflege erläßt folgende Verordnung: Sachsen ist reich an Kunstdenkmälern aus vergangenen Jahrhunderten. Viele von ihnen erinnern an frühere Herrscher des Landes und an nicht mehr bestehende Staatsformen. Unverkündigte Schäden voraus Anlaß nehmen, solche Denkmäler zu wahren oder gar zu beseitigen. Ein Volk aber, das die Förderung und Pflege der Kunst zu den vornehmsten Aufgaben des freien Gemeinlebens rechnet, ist es sich selbst schuldig, auch die Kunstdenkmäler der Vergangenheit wert zu halten und zu hüten. Wir empfehlen sie daher dem Schutze der Allgemeinheit. Den Schutz der Restaurierung hat der Volksbeauftragte für das Innere Ministerium zugesagt.

Zwei Lebensmüden. Aus Rönigsberg wird berichtet: Am Regenersee bei Hohenstein beschäftigte Personen fanden die Leichen eines jungen Mädchens und eines jungen Mannes in Soldatenuniform im Wasser treibend. Man hat das junge Mädchen, das vor etwa drei bis vier Wochen plötzlich aus der Wohnung verschwand, zuletzt mit dem Soldaten in der Nähe des Metzgerhofs gesehen, dann aber blieben beide verschwunden, bis man die beiden Lebensmüden — nach den bisherigen Feststellungen kann es sich nur um gemeinlichlichen Selbstmord handeln — jetzt als Leichen im Regell fand.

Die rote Fahne verbrannt. Ein Vorgang, der großes Aufsehen erregte, spielte sich am Marktplatz in Hamm ab. Eine mit mehreren Lastautos von der Front kommende Pfliegerkassette, die auf der Fahrt nach Osten Hamm passierte, holte die vom UER gehetzte rote Fahne vom Rathaus herunter und ließ sie auf dem Marktplatz in Gegenwart einer großen Menschenmenge in Flammen aufgehen. Eine zweite rote Fahne, die der UER am Landratsgebäude angebracht hatte, ist inzwischen auch verschwunden, so daß man in Hamm nur noch Fahnen in den Reichs- und Landesfarben sieht.

## Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

25) Nachdruck verboten.

Das Kleid, das sie heute zum ersten Male getragen hatte, warf die Gräfin im Groll verächtlich von sich. „Nehmen Sie es fort, ich will es nicht mehr sehen — es ist schändlich“, sagte sie wütend und stieß mit dem Fuße danach.

Hanna raffte das geschmähte Kleidungsstück zusammen und trug es hinaus. Sie kannte ihre Herrin zu genau, um nicht zu wissen, daß diese in schlimmster Verfassung war. Und so kombinierte sie allerlei, die kleine schlaue Jose. Daß ihre Herrin nicht, wie sie beabsichtigt hatte, mit dem Herrn Grafen soupierte, daß sie sich so zeitig zurückgezogen hatte und zur Ruhe gehen wollte, mußte einen tieferen Grund haben, als das vorgeschobene Kopfschmerz. Und die zerrissene Perlenkette und das mißhandelte Kleid ließen auf einen tieferen Grund schließen.

Die Erklärung für dieses Benehmen ihrer Herrin fand Hanna erst, als sie von der Verlobung des Grafen Rainer hörte. Und da fand sie alles verständlich.

Heute abend hatte sie sehr befreit die kostbare weiße Robe zu den ausstrangierten Trauerkleidern und machte die Kartons versandfertig. Sie konnte mit der Extraeinnahme dieses Tages recht zufrieden sein. Gräfin Gerlinde fand in dieser Nacht keinen Schlaf. Sie litt unerträglich Qualen und fand keine erlösenden Tränen, um sich das Herz zu erleichtern. Verzweiflungsvoll wünschte sie sich sogar den Tod, weil sie die Schmerzen nicht zu ertragen meinte.

Nachdenklich war Graf Rainer, als er die Gräfin verlassen hatte, nach dem Ostflügel hinübergewandert. Er suchte sein Arbeitszimmer auf. An seinen Schreibtisch herantretend, öffnete er denselben und nahm den Umschlagsbrief der ehemaligen Prinzessin Helene heraus. Jahrelang hatte er ihn als sein höchstes Gut aufbewahrt und hatte sich nicht davon trennen können. Nun machte er sich Vorwürfe, daß er ihn nicht sofort vernichtet hatte.

Es war ihm ein schmerzliches Gefühl, daß fremde

Gegen die Verschleuderung von Armeematerial wendet sich eine Bekanntmachung des Reichs der Volksbeauftragten: „Der Heeres- oder Marinegutsverwalter, Kleist beauftragt, sich aneignet oder unbesugt veräußert, sträubt ebenso wie der Käufer solcher Güter unehrenhaftem Wirtschaftlichen Wiederaufbau. Er entzieht die Güter den Volksgenossen, die ihrer am dringendsten bedürfen, verhindert die Abbildung unserer Schulden, zu der die Erlöse aus geordnetem Verkauf der Güter beitragen sollen, und verwehrt die finanziellen Lasten des gesamten Volkes. Es ergeht daher an jedermann der Aufruf, dazu mitzubedenken, daß von diesen Milliardenwerten nichts durch Nachlässigkeit oder Untreue verlorengeht.“

General der Infanterie v. Below. Am 23. d. Mts. fand auf der Durchreise in Weimar der General der Infanterie v. Below, der — im Frieden zuletzt Kommandierender General des 21. Armeekorps — während des Krieges als heldenreicher Führer einer Heeresgruppe im Westen mehrfach in den Heeresberichten rühmend erwähnt wurde.

Zwischenwörter vom Frieden. Obwohl es unseren Feinden gefällt, die Deutschen als besonders kriegerisch hinzustellen, ist das deutsche Volk ohne Frage in seiner Mehrheit jederzeit friedliebend gewesen, wie dies auch aus zahlreichen Sprichwörtern hervorgeht, von denen einige hier angeführt werden sollen: „Frieden ernährt, Unfrieden verzehrt.“ „Fried und Einigkeit haben alle Städte erbaut.“ „Frieden düngt den Acker wohl.“ „Wer in Frieden will wachen, muß leiden und stillhalten.“ „Allerdings kann man nicht länger Frieden halten als der Nachbar will.“ „Besser Bauern-Fried als Bürger-Krieg.“ d. h. besser im Frieden als Bauer zu leben als im Krieg als Bürger. „Ungeachtet Friede ist besser als gerechter Krieg.“ „Besser gewisser Frieden als ungewisser Sieg.“ „Frieden halt mit ledernem, Krieg löst du mit Eisen.“

Zwischen Trier und Luxemburg. Nicht hinter den letzten Säulen von Trier steht, wie von dort geschrieben wird, die große Heeresstraße an, die in gerader Richtung und endlosem Laufe nach Luxemburg führt und von da nach Belgien und Frankreich. Diese Landstraße ist der richtige Verbindungsstrahl zwischen Deutschland und Feindland. Auf ihr zogen 1914 unsere Truppen in den Krieg. Die Straße hat viel erlebt. Sie hat ein so gemüthlich deutsches Landschaftsbild; rechts und links liegen Acker und fleißig bearbeitete Gemüthstreifen mit reinlichen, reizenden Dörfern. In letzter Zeit hat sie ihr Gesicht verändert. Spuren und Bilder weltgeschichtlicher Ereignisse haben sich in ihr eingegraben. Deutschlands Krieger legten über diese Landstraße beim, in Trupps, auf hochbehafteten Packwagen und auf unruhigen Lastautos. Vor der Stadt rasteten sie meistens, pusteten sich nach Möglichkeit den Staub und die Müdigkeit aus dem Gesicht und machten sich an ihre mitgebrachten Vorräte. Die Pferde bekamen ihre Futterlücke um den Hals gehängt und in ihre durch Kriegsschreden weit aufgerissenen, farrnen Augen kam langsam Gleichgültigkeit oder leises Versehen. Die Jugend umstellte das bunte Ahrungsgebild, erbetete sich Kritik, andernfalls, tat schließlich Handlangerdienste und forderte zu Kaufhandel auf. Eine Handvoll Schwefelholz, ein paar Möhren, die den vierbeinigen Kriegskommeraden gereicht wurden, wogen ein Lütchen französischer Bonbons auf, oder einen rostigen Hufnagel, ein Granatplitterchen...

(... und hänge mein Mäntelchen in den Wind!) Diese Schluszeile des Scherenscheiterliedes im alten Märchen vom „Hans im Glück“ ist sehr zeitgemäß geworden. Es tauchen jetzt vielerorts, wie das „N. B. L.“ plaudert, als Verwandlungskünstler tüchtige „Revolutionäre“ auf, die ihre junge, funkelneulene Bestimmung aufdringlich propagieren. Dem überzeugten Republikaner muß es ein ebenso unerquidliches Schauspiel sein wie dem monarchisch Gemüthten, wenn Menschen, die sich früher auf der Jagd nach Titeln und Orden fast die Hälse ausgerenkt haben und an Untertänigkeit nicht genug leisten konnten, nunmehr ihre revolutionäre Begeisterung möglichst breit zur Schau tragen und sich so gebärden, als ob eine demokratische Republik noch lange nicht das Ziel ihrer über-

Augen auf diesen Zielen geruht hätten. Er konnte nicht verstehen, daß Graf Rodus, neugierig und indiscret, einen fremden Brief gelesen und dann auch noch mit seiner Gattin darüber gesprochen hatte. Das paßte ihm so gar nicht zu dem Bilde des Betters. Aber da er Gerlinde glauben mußte — wie wäre sie sonst zur Kenntnis dieses streng gehaltene Geheimnisses gekommen? —, so war er gezwungen, Graf Rodus für indiscret zu halten.

Langsam las er den Brief noch einmal durch, und die alten Schmerzen zogen noch einmal an ihm vorüber, aber sie brannten nicht mehr in seiner Seele. Die Erinnerung an diese vergangene Liebe würde ihm immer wie ein vergangener Frühlingstrom erscheinen, wie ein zarter, verblähter Hauch. Aber der Schmerz war vergangen — neues Leben regte sich in seinem Herzen, neues süßes Leben — an Jostas Seite kostete er es zu finden. Aber auf diesem Brief sollte nie mehr ein fremdes Augen ruhen. Die beiden Augen, die indiscret darauf geruht, hatte der Tod geschlossen. Er zündete eine Kerze an und verbrannte den Brief. Und die Asche streute er in die Frühlingnacht hinaus. Dann klingelte er und befahl dem eintretenden Diener, den Administrator Hellmann zu rufen.

Mit diesem wollte er noch einiges besprechen, ehe er zu Tisch ging.

Seine Gedanken weilten noch bei der Unterredung mit der Gräfin.

Ihr seltsames Wesen suchte er sich zu erklären. Natürlich würde es ihr schwer antommen, daß sie ins Witwenhaus einziehen mußte. Und nicht minder schwer würde sie sich von dem Familienschmud trennen. Sie hatte heute abend die Perlenkette getragen, eines der schönsten und kostbarsten Stücke aus diesem Schatz. Frauenherzen hängen an solchem Schmud. Es tat ihm leid, alles nehmen zu müssen, was sie bisher als Eigentum betrachtet konnte. Aber Gerlinde war, so glaubte er, ein edler, großzügiger Charakter. Einen Augenblick war er vorhin an ihr irre geworden, als sie von ihrem Gatten als von einem oberflächlichen Charakter sprach. Aber als er dann von dessen Indiscretion erfuhr, sagte er sich, sie müsse ihn doch besser gefaßt haben, als er.

So hatte sich der Eindruck schnell wieder verwischt, und er sah nach wie vor den großdenkenden, edlen

Tabakalen Wünsche wäre. Klein, da gefallen und jene tausendmal besser, die ihre frühere Meinung nicht ohne weiteres umdrehen konnten, und ebenso jene, die ihre republikanischen Überzeugungen auch in jenen Zeiten festhalten, als dies gewiß keine Vorteile bringen konnte, in maßvoller nicht ungefährlich war. Für die Leute mit dem plötzlichen und auffälligen Republikanismus wird sich jede Republik bedanken.

Die künftige Hauptstadt Deutschlands. Den Münchener Neuesten Nachrichten wird geschrieben: In vielen Kreisen ist man sich einig, daß Berlin nicht die Hauptstadt Deutschlands bleiben soll. Die neue Hauptstadt soll keine zu große Stadt sein und soll möglichst im Herzen Deutschlands liegen. Diese beiden Bedingungen erfüllt das uralte deutsche geographische Zentrum, die thüringische Stadt Erfurt. Es ist weder süddeutsch noch norddeutsch, liegt an zwei wichtigen Hauptbahnen, nämlich Stuttgart-Berlin und Frankfurt-Weipzig, ist keine Kleinstadt und keine Großstadt, hat neben 120 000 protestantischen Einwohnern etwa 20 000 katholische und war im Jahre 1831 schon einmal der Sitz eines deutschen Parlaments.

## Aus dem Gerichtssaal.

Das preussische Königsgericht nach als regierend anzusehen? Diese Frage bildete den Gegenstand der Verhandlung vor dem mit dem Kammergericht verbundenen „Gericht des Justizrat“. An diesen haben sich Privatpersonen mit ihren Ansprüchen gegen Mitglieder des königlichen Hauses zu wenden. Der Kläger Rogge, der frühere Landrat von Tondern, war Güterverwalter des Prinzen Friedrich Leopold. Er wurde von diesem entlassen und verklagte den Prinzen auf Gehaltszahlung, da er die Entlassungsgründe nicht als zureichend anerkannte. Nach längerer Ausführungen der Anwälte zur Sache erklärte der Präsident, daß wegen der erforderlichen eingehenden Erörterungen die Entscheidung angehalten und für die Verhandlung des Urteils ein besonderer Termin anberaumt werden solle. Von besonderem Interesse sind aber die Ausführungen des Justizrat Dr. Werthauer als Vertreter des Prinzen vorbrachte. Der Beklagte betraufte sich nach Ablegung der Königsfamilie nicht mehr als „Prinze“, der vor einem besonderen Forum verklagt werden könne. Justizrat Werthauer überreichte ferner folgende formelle Erklärung des Beklagten zu den Akten: Er habe ebenso wie seine Vorfahren seit Jahren sich dagegen gewendet, daß die als Hausgewalt bezeichnete Berechtigung des Trägers der Krone, in die freie Selbstbestimmung der Prinzen einzugreifen, mit Recht bestünde, und habe seiner freiwilligen Übergangung entsprechend und als Präsident der deutschen Freimaurerloge, diesen Grund nach stets hochgehalten. Er wüßte, nachdem veränderte Zustände eingetreten seien, sich in Rechts und Gerechtigkeit mit seinen Mitbürgern zu stellen und beachte die Lasten der Beseitigung der sogenannten Ausnahmegerichte-Gewalt.

Der Eisenbahnführer um 15 Pfennig betrogen! Der unbedachtene und in den besten Vermögensverhältnissen lebende Bankier G. in Berlin wurde eines Tages von einem Kontrolleur in einem Wagenabteil 2 Mark betunden. Als G. bemerkte, daß er auf Bahnhof Dörle eine Fahrkarte nicht habe, ja selbst das Vorzeigen einer „ungeknüpften“ Retourkarte, die er stets bei sich trug, half nichts; der Angestellte sollte die übliche Ordnungstrafe von 6 Mark zahlen, andernfalls stehe eine Verurteilung in Aussicht. G. erbat Empörung darüber, daß man ihn zumute, wegen 15 Pfennig einen gemeinen Betrag zu bezahlen, wogegen sich G., die 6 Mark zu zahlen und läste auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eine neue Karte, die er jedoch ließ und der Eisenbahnbehörde zu landte, lediglich zum Zeichen dafür, daß er durchaus anerkenne, daß die Behörde berechtigt sei, den Fahrpreis zu verlangen, nicht aber einen unbedachteten Staatsbürger für ein Versehen gleich in eine Strafe nehmen könne, welche das Biergeld des Fahrpreises ausmache. Alles half jedoch nichts, G. wurde vor den Radt zittert und wurde wegen Betrages zu 20 Mark Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis verurteilt. — Vor der Verurteilungstrafkammer beantragte der Verteidiger die Freisprechung mit dem Hinweis, daß der Angeklagte doch eine Fahrkarte besaßen haben müsse, da er sonst gar nicht die Sperre hätte passieren können. Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Reichhübel in Dachenburg.

Menschen in ihr. Wie edel war es von ihr, daß sie, trotzdem sie seine Verlobung um so manches Vorrecht brachte, so großen Anteil daran genommen hatte! Als rechte Freundin hatte sie sich ihm erwiesen und ihn auf die Gefahren einer lieblosen Ehe aufmerksam gemacht, aus dem Schatz ihrer eigenen Erfahrung heraus. Und trotzdem Josta ihr mancherlei nahm und sie diesbezüglich einmal persönlich kannte, nahm sie ihre Partei und schalt ihn, daß er sie ohne Liebe heiraten wollte. — Sie brau... nicht in Sorge darum zu sein! Sein Herz schlug seiner künftigen jungen Frau durch und nicht kalt und ruhig entgegen. Wenn er nur so sicher hätte sein dürfen, daß sich ihm auch Jostas Herz in einer tieferen Reigung als bisher zuwenden würde. Und tiefaufatmend sagte er sich:

„Ja liebe Josta — ja, ich liebe sie mit der tiefen, innigen Liebe, und ich hoffe, sie glücklich zu machen, denn ihr Glück gilt mir mehr als das meine.“

Und seine Gedanken umkreisten Josta mit großer Sehnsucht. Erst als Hellmann eintrat, wurden seine Gedanken von ihr abgelent.

„Da sind Sie ja, Herr Administrator! Ist alles gut gegangen in meiner Abwesenheit?“

Hellmanns Gesicht hellte sich auf. Er legte seine Hand in die des Grafen, der sie ihm warm entgegenstreckte.

„Alles in schönster Ordnung, Herr Graf. Mit dem Anbau der Rüben sind wir fertig geworden, Mais und Buchweizen sind geät. Und die Waldarbeiter mit ihre Schuldigkeit. So langsam können wir nun die Vorbereitungen für die Heuernte treffen.“

Graf Rainer nickte.

„Haben Sie nicht ein bißchen gebremst, daß ich so mitten aus der Arbeit davonliefe? Ja, lam mit ein wenig wie fahnenflüchtig vor.“

Hellmann lachte.

„So schlimm war das nicht, Herr Graf. Sie werden schon Ihre Gründe dafür gehabt haben.“

Graf Rainer nickte.

„Es gibt Dinge, die härter sind als alle Vernunft. Ich mußte fort. Und nun sehen Sie einen Heiratskandidaten in mir, Herr Administrator. Ich habe mich mit der Freilin Josta von Waldow verlobt. Sie können das moroer den Reuten mitteilen.“

Fortsetzung folgt.